

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20 011.

Schiffvermittlung und Hauptgeschäftsstelle:
Merkelstraße 36/40.
Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 30. 4. 25 bei täglich zweimaler Zustellung drei Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 1. Spalte, 30 mm br., Zeile 30 A. i. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 A. außerh. 20 A. die 90 mm br. Zeile 150 A. außerh. 200 A. Obergangsgebühr 10 A. Zusam. Kulturtr. geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutschlands Weg auf den Weltmarkt.

Eine programmatische Rede des Reichswirtschaftsministers Neuhaus im Haushaltsauschuß. Der Aufruf des Reichslandbundes für Hindenburg. — Painlevés Kabinettsbildung. — Wiederzusammentritt des Barmatauschußes.

Die ernste Lage der deutschen Auslandskredite.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. April. Im Haushaltsauschuß des Reichstages ergriff heute der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus das Wort zu eingehenden programmatischen Ausführungen. Die Frage nach dem Stande der Wirtschaft und nach den handels- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen müsse zunächst nach der Stabilisierung der Währung das allgemeine Hauptinteresse beanspruchen. Unser Außenhandel sei um die Hälfte zurückgegangen. Erst mit dem Befall der einseitigen Weisbegünstigung am 10. Januar 1925 sei eine Breiche in die handelspolitische Blockade gelegt und Maßnahmen ermöglicht worden, die der deutschen Wirtschaft ihren Weg auf dem Weltmarkt allmählich eröffnen. Der überragende industrielle Aufschwung der Vereinigten Staaten habe die Produktionsstruktur der Welt gewandelt. Auch in den übrigen außereuropäischen Ländern hätten sich wesentliche Konsumindustrien in Anlehnung an die heimischen Rohstoffe entwickelt.

Diese Auswirkung der Marktverschiebungen werde durch die völlige Verschiebung der Weltverhältnisse verstärkt. Die verlorenen Absatzverhältnisse könnten aber in erster Linie nicht mehr durch billige Konkurrenz, sondern nur mit höchsten Qualitätsniveaus, insbesondere gegenüber amerikanischer Konkurrenz, wieder anschaubar werden.

Für unsere Handelspolitik ergebe sich daraus, daß der Zeitpunkt für Dauermahnahmen noch nicht gekommen sei.

Unser neuer Zolltarif müsse daher vorerst eine elastische Anpassung an die jeweils erreichten Umwälzungsverhältnisse ermöglichen. Als zweite Folgerung ergebe sich aus der neuen Weltmarktsituation der Wunsch zur gemeinsamen Intensivierung des europäischen Marktes. Der neue Zolltarif vor allem werde als Verhandlungsinstrument dazu zu benutzen sein, um den neuen Abschließungsstrebenden europäischen Staaten entgegenzutreten. Wir müßten für unsere Rohstoff- und Halbfabrikatindustrie eine gemeinsame europäische Ordnung finden, um auf dieser Grundlage den Qualitätsfertigerwaren sowohl innerhalb Europas wie in der Welt den weitgehendsten Absatzmarkt zu eröffnen. Aus diesen handelspolitischen Erwägungen müßten wir vor allen Dingen an dem Grundgedanken gegenseitigen Weisbegünstigung festhalten. Der Minister brachte hierauf einige vertrauliche Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen.

Der Abschluß dieser Verhandlungen sei noch in diesem Monat zu erwarten. Das umfangreiche Relement enthalte einen Ausbau der Gedankenänge, die eine antiökonomische Wirkung der Sachlieferungen für die beteiligten Staaten verhüten wollen. Im Zusammenhang mit der Dawes-Gesetzgebung erwähnte der Minister die Regelung der Exportabgabe und das in seinem Ministerium behandelte

Industriebelastungsgesetz.

Es habe sich gezeigt, daß das Betriebsvermögen der belasteten industriellen Unternehmungen, berechnet auf den 31. Dezember 1923, die veranschlagte Summe von rund 30 Milliarden überstiegen habe. Es könnten daher die Anteile der Belastung an Betriebsvermögen der einzelnen Unternehmungen von 17,1 auf 15,8 Prozent herabgesetzt werden.

Durch Handelsverträge und die Vereinbarungen aus den Reparationsgebieten, führte der Minister dann weiter aus, ließen sich nur die äußeren Zeichen unserer wirtschaftlichen Notlage beseitigen. Mindestens ebenso bedeutsam sei die Schaffung der inneren wirtschaftlichen Voraussetzungen für unsere Wettbewerbsfähigkeit

auf dem Weltmarkt. Nach drei Gesichtspunkten hin, in Hinsicht der Qualität, der Lieferungsbedingungen und des Preises von Halbzeug und Fertigwaren müßten wir uns auf die kritischen und verschärften Ansprüche unserer Absatz- und Konkurrenzländer neu einstellen. Organisatorische wie technische Umstellungen werden in dieser Richtung notwendig sein. Die Frage der Qualitätsarbeit sei in hohem Maße eine Frage der Heranbildung und Erhaltung unserer wirtschaftlichen wie technischen Schulung, vor allem aber die Erhaltung und Ergänzung unseres Facharbeiterstandes. Bedauerlicherweise sei die Ausbildung von Lehrlingen auf manchen Gebieten zurückgegangen. Um diesem Notstand des zweifellos erst später sichtbaren Rückgangs der Lehrlingsaufzucht zu steuern, sei das Ministerium für eine Vergütung der Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelernten Arbeitern

eingetreten. Es müsse sich auch im Reichstag der Gedanke durchsetzen, daß Lohnforderungen und soziale Kosten in unserer gegenwärtigen Lage nur dann tragbar sind, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Preise führen. Die Sicherung hochqualifizierter Facharbeiter wird vor allem gewährleistet durch die Förderung eines gesunden Handwerkerstandes. In dieser Richtung wird auch die Reichsregierung demnächst den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorlegen.

Neben der Verbesserung des Inhalts und der Innehaltung unserer Lieferungsbedingungen liegt die wichtigste Voraussetzung für unsere Konkurrenzfähigkeit naturgemäß in der

Preisgestaltung. Mit zwangswirtschaftlichen Mitteln — darunter solle auch die Preisprüfungsverordnung — sei nichts zu erreichen. Das Wesentliche bleibe einerseits die Herabsetzung der Selbstkosten, andererseits die Zulassung gesunder Konkurrenz. Die Herabminderung der Selbstkosten sei zweifellos durch unsere gesamte Wirtschaftslage erschwert. Die Notwendigkeit, zur Sicherung unserer Währung Steuern in der Höhe und in Formen zu erheben, die auf die Dauer von der Wirtschaft nicht getragen werden können, und die den einzelnen zum Eingreifen in die Kapitalbildung genötigt haben, habe zu dem Versuche geführt, diese Steuern auf die Preise anzuschlagen, was gleichfalls zu einer Ueberhöhung des Preisniveaus geführt habe. Die Bestrebung einzelner Wirtschaftskreise, zu Frachtsätzen zu gelangen, die ihnen eine angemessene Preisstellung für ihre Produkte ermöglichen, sei gerechtfertigt.

Der Minister kam dann auf das große Problem der Neubildung des Betriebskapitals

unserer Wirtschaft zu sprechen. Die Reparationspaufe, die das Dames-Gutachten für notwendig gehalten habe, sei in der Hauptfrage mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederauffüllung unseres Kapitals und Betriebsfonds begründet worden. Es könne zweifelhaft sein, ob die Atempause lang und völlig genug für diesen Zweck sei. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik müsse einseitig auf das Problem der zweckmäßigsten Ausnutzung dieser Atempause eingeleitet werden. Es sei natürlich, daß sich die innere Kapitalbildung in Deutschland nur langsam vollziehe. Jeder überhäufteste Reichtum dieses Problems habe auch überwiegende Nachteile entgegen, insbesondere die Kapitalbildung aus überhöhtem Preisin und Konditionsaufschläge. Wohl hätten die Einlagen auf den Sparkassen zugenommen. Auch die Kreditoren der Banken seien gestiegen. Es handle sich hierbei aber nicht in der Hauptsache um Dauereinklagen privater Sparer, sondern um die Unterbringung flüssiger Mittel der Betriebe. Zur Anregung der Sparer nach den Erfahrungen, die sie in der Instabilität gemacht haben, seien außerordentliche Anreize notwendig. Ob die Veranschlagung von 5 Prozent jährlich, die die Banken ihren Depositeninhabern bieten, einen ausreichenden Anreiz darstellten, sei zu bezweifeln.

Die Verversicherungen gewannen wieder allmählich in ärarischer Bevölkerung an Boden. Das gleiche gelte Geldern der öffentlichen Stellen.

Die Bestrebungen der Reichsbank, die Gelder bei der Reichsbank zurückzuführen zu lassen und der Wirtschaft auf dem ordnungsmäßigen Wege zuzuführen, sei zu unterstützen. Die Wirtschaft brauche jeden Pfennig des deutschen Volkseinkommens viel zu dringend, als daß Verluste durch eine unzureichende Sonderpolitik einzelner Stellen getragen werden könnten. Das schließe eine Berücksichtigung besonders kreditbedürftiger Erwerbszweige nicht aus. So würden aus dem Mittel der Reichspost 30 Millionen dem gewerblichen Mittelstand zur Verfügung gestellt werden in der Weise, daß auch der letzte Kreditnehmer Beiträge zu einem verbilligten Zinsfuß erhält.

Ueber diese einmalige Maßnahme hinaus soll aber versucht werden, dem mittelständlichen Kreditwesen eine festere und modernere Gestalt zu geben. Aber alle diese hoffnungsvollen Ansätze innerer Kapitalbildung dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir für die nächste Zeit noch in erheblichem Umfange auf das Einströmen ausländischen Kapitals angewiesen bleiben. Um dieses Kapital zur Anlage in Deutschland anzuregen und auch um den Sparbetrieb nicht erliegen zu lassen, müßten unsere Reichsbankdiskont- und unsere Privatbankdiskontsätze für erste noch höher bleiben als die Sätze des Auslandes, so bedauerlich dies auch im Hinblick auf die notwendige Ermäßigung der wirtschaftlichen Selbstkosten sei. Dies gelte um so mehr, als

im Augenblick ein hartes Nachlassen der Kreditgewährung seitens der kapitalkräftigen Länder in unserer Wirtschaft zu verspüren sei.

Es liege zu hoffen, daß diese Stodung nicht von allzulanger Dauer sei.

Amerika, das vor dem Kriege niemals Geld an andere Länder verliehen konnte, müsse erst allmählich in die Verpflichtungen großer Gläubigerstaaten hineinwachsen. Vorläufig neige es dazu, nach einer sehr überhöhten Kreditgewährung zu einer ebenso überhöhten völligen Kreditperre zu schreiten. Sobald Amerika sehe, daß die in Deutschland auf Kredit bezogenen Rohstoffe hier und im Auslande in weiter bearbeiteter Form ihren Absatz finden, werde zweifellos wiederum die Klage um kreditweises Lieferung von Waren und zur Herabgabe von Finanzkrediten jenseits des Ozeans erwachen. Daß die bisherige Kreditgewährung nicht immer zu für die deutsche Wirtschaft günstigen Bedingungen gefehle, habe teilweise keinen Grund in den zahlreichen meist unzulässigen Kräfte, die sie mit der Vermittlung solcher Kredite befaßt und durch Steigerung der Nachfrage ihren Preis in die Höhe getrieben haben. Die naturgemäßen Vermittler ausländischer Kredite seien die deutschen Banken. Freilich dürften auch sie die Notwendigkeit, sich ihrer zu bedienen, nicht durch hohe Provisionen abschwächen.

(Fortsetzung der Rede auf Seite 2.)

Das Ausland befiehlt . . .

Die Hetzpresse des Auslandes befiehlt Marx! Und das mit einer Schamlosigkeit, einer Ueberheblichkeit der Sprache, daß sich jedes andere als das in seiner Souveränität mit Füßen getretene entmutigte deutsche Volk in allen seinen Gliedern gegen eine derartig freche Einmischung in seine inneren Verhältnisse aufbäumen würde. In Deutschland ist das anders; denn im Souffleurkasten dieser Theatermaske sitzt die deutsche Demokratie von der „Germania“ bis zum „Vorwärts“, die diese Auslandshetze nicht nur mit allen schillernden Farben ausmalte, sondern direkt hervorgerufen hat. Sie braucht einen aufrichtigen Wählerfurcht, da sie bei der Unangreifbarkeit der Persönlichkeit des verehrten Feldmarschalls von Hindenburg keine andere Möglichkeit sieht, ihrem parteipolitischen Schachergeschäft des sogenannten „Volkblocks“ gegenüber der wirklichen Volkswahlkandidatur Hindenburg noch irgendwelche Aussichten auf Erfolg zu geben. Dieser Wählerfurcht ist das Ausland, das man aber erst bearbeiten mußte, damit es die notwendige Handhabe lieferte. Es kann nicht übersehen werden, daß die erste Aufnahme der Nominierung Hindenburgs nicht einmal in Frankreich die Sensation hervorgerufen hatte, die man auf der Linken so sehnlich erwartete. Das „berühmte Echo de Paris“ sogar sprach nur von einer „bedauerlichen deutschen Ungeschicklichkeit“, und das „Journal“ begnügte sich damit, „für den Fall der Wahl Hindenburgs in Deutschland eine schwere innere (!) Krise vorauszu sagen“. Auch in England zeigte sich anfangs eine bemerkenswerte Zurückhaltung, die ganz der Realpolitik und Verlegenheit entspreche, die die Nominierung Hindenburgs bei der deutschen Wählerpresse hervorgerufen hatte. Das ist für niemand verwunderlich, der die engen Beziehungen fast sämtlicher ausländischen Journalisten in Berlin zur deutschen Linken und ihre Oxylogenheit kennt, die Auslassungen der marxistischen demokratischen Großstadtpresse, die sich noch nicht einmal der ungeteilten Anhängererschaft des eigenen kleinen Logers erfreut, als deutsche Volksmeinung nach Paris und London zu telegraphieren, um dort aus eigenen Wünschen und bequemen deutschen pazifistischen Illusionen Ruh und Frommen des deutschen Volkes so zu konstruieren, wie man es in Paris und London eben gern sieht. Man kennt das Spiel von früher her. Seltener aber hat es sich in solcher Deutlichkeit gezeigt wie diesmal. Läßt sich doch beinahe wörtlich der sich stetig verstärkende Widerhall feststellen, den irgend ein Heftartikel der „B. Z.“, der „Voss. Ztg.“ oder der „Germania“ drüben sand. Und wenn erst heute, eine Woche nach der Ausrufung Hindenburgs, in London die Hege zu ihrem vollen Durchbruch kommt, so ist das eine nur zu deutlich erkennbare Rückwirkung der Tatsache, daß sich der deutsche Vorkriegsblock erst allmählich zu der gemeinsamen Parole der Auslandshetze zusammengesprochen hat. Die „Times“-Lüge von dem Kampfe zwischen Republik und Monarchie ist ebenso aus dem parteipolitischen Sprachrohr der „Schatten des Kaisers“ und „Daily Express“ „über Europa legt“, dem „Vorwärts“ entsprungen ist. Es kann sich sicher für uns heute nicht darum handeln, die gemachten Beforderungen der Auslandshetze dadurch zu zerstreuen, daß man ihr die falschen Voraussetzungen klar macht, von denen sie ausgeht. Das wäre verlorenes Liebesmühe. Wodurch Hindenburg uns ins Verderben stürzen soll, weiß das Ausland ebensoviele, wie es in Wirklichkeit in der Wahl Hindenburgs gar eine Herausforderung Europas erblickt soll. Aber für den deutschen Wähler ist es unbedingt notwendig, die tausendfachen Fäden zu erkennen, die von der deutschen Demokratie zur Nationalistenpresse des Auslandes gehen, wenn den deutschen Linksparteien im Inneren eine Gefahr droht.

Man muß das gefährliche Spiel, das der „Volkblock“ mit der Auslandshetze treibt, durchschauen, um die Ungeheuerlichkeit der Tatsache zu erkennen, daß man es in Deutschland heute noch wagen kann, eine derartig inszenierte Pressehege in den innerpolitischen Kampf einzustellen. Fünf Jahre lang hat die deutsche Politik am Raritätenstand der angeblichen Auslandsmeinung getanz. Fünf Jahre lang haben deutsche Regierungen in knechtischer Unterwürfigkeit jedem Wink des Auslandes gehorcht. Und der Erfolg war ein Taumeln von Katastrophen zu Expresionsakten, wie sie in der Geschichte beispiellos dastehen. Schimpf, Schande und Auslieferung war unser Los. Und erst als wir uns im Ruhrkampf auf nationale Ehre und Pflicht besannen, erst als wir dem Vernichtungswillen Poincarés den deutschen Lebenswillen entgegenstellten, als wir uns an den Fesseln zu lösen begannen, in die die sozialistisch-pazifistische Vorherrschafft das deutsche Volk geschlagen hatte, trat jene letzte Wendung zum Besseren ein, die die deutsche Linke so gern als den Erfolg ihrer Unterwürfigkeit hinzustellen versucht. Das darf man nicht vergessen, wenn man heute wieder nach Versailles Methoden versucht, und den Weg zur weiteren Befundung zu versammeln.